

NEW



S

Bulletin der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten (FIR)

Franz - Mehring - Platz 1, D - 10243 Berlin,
Tel +49 30 – 29 78 41 74, Fax +49 30 – 29 78 41 79
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.fir.at

Nr. 6

November 2005

Erinnern, mahnen, begegnen

Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg am 11. September 2005 in Berlin

Mit einer Kundgebung vor dem Werner-Seelenbinder-Stadion in Neukölln begann in Anwesenheit der Mitglieder des Exekutiv Ausschusses der FIR am 11. September 2005 um 11:00 Uhr in Berlin der traditionelle "Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung". Kurt Goldstein, Spanienkämpfer, Auschwitz-Überlebender, Buchenwald-Häftling und Mitglied im Ehrenpräsidium der FIR, der bereits an der ersten großen Gedenkundgebung für die Opfer des Faschismus in diesem Stadion vor 60 Jahren teilnahm, erinnerte in seiner Ansprache an die historische Verpflichtung, das Vermächtnis der Kämpfer gegen den Faschismus und der Opfer zu bewahren.

Am Mittag fand auf der Freifläche des Marx-Engels-Forums in der Berliner Innenstadt der Aktionstag selber statt. Der Berliner Senator für Kultur Forschung und Wissenschaft, Dr. Thomas Flierl, eröffnete eine Ausstellung über die wechselvolle Geschichte des zweiten Sonntags im September. Die Ausstellung zeigt, wie in den ersten Nachkriegsjahren dieser Tag auf Initiative der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zum ersten Gedenktag für die Opfer des Faschismus (OdF) in ganz Deutschland wurde. Ehemalige Häftlinge der Zuchthäuser und Konzentrationslager hatten damals zur ersten antifaschistischen Massen-kundgebung nach 1933 aufgerufen.

In der DDR war der „Tag der Opfer des Faschismus“ ein staatlicher Gedenktag und be-

kam mit seinen bewegenden Ehrungen, aber auch seinen Ritualen, Einseitigkeiten und politischen Vereinnahmungen einen zentralen Platz in der antifaschistischen Erinnerungskultur. Seit 1990 führt ein breites Bündnis den Tag als "Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung" und als Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg fort. Er gehört bis heute zu den größten antifaschistischen Veranstaltungen in Berlin.

Das wurde auch in diesem Jahr deutlich. Fast 100 Gruppen und Organisationen beteiligten sich mit Informationsständen, Beiträgen und Diskussionsrunden an diesem „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“.

Auf der Hauptbühne sprach Michel Vanderborght, Präsident der FIR, bevor eine Podiumsdebatte zum Thema „Erinnern für die Zukunft“ stattfand, an der Kurt Goldstein, Tobias Pflüger, Mitglied des Europäischen Parlaments, Andreas Nachama, Geschäftsführer der Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ und der Politikwissenschaftler Michael Klundt debattierten.

Zu den gemeinsamen Vorstellungen gehörte, „sich zu erinnern, wie der Faschismus entstehen konnte“, unterstrich Andreas Nachama. Gemeinsam war man der Überzeugung, dass zu der Losung „Nie wieder Auschwitz“ unbedingt der Zusatz „Nie wieder Krieg“ gehöre.

U.Schneider

Ansprache Michel Vanderborght, Berlin 11. September 2005

Dieses Treffen aus Anlass des Tages der „Mahnung und Begegnung“ findet zu einem Zeitpunkt statt, wo eine Bilanz gezogen werden kann bezüglich der Begegnungen in den Konzentrationslagern anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung der Gefangenen und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Es waren eindrucksvolle Begegnungen und ein Wiedersehen derjenigen, die die Nazigrausamkeiten überlebt haben. Wir haben feststellen können, dass viele aus der jüngeren Generation diese Tage zusammen mit uns begangen haben.

Die faschistischen Weltherrschaftspläne wurden durch das gemeinsame Handeln der Anti-Hitler-Koalition gestoppt. Es waren die Angehörigen der Streitkräfte der Alliierten, die diese Bedrohung auch militärisch zerschlugen.

Es waren die Partisanen und Widerstandskämpfer in allen vom deutschen Faschismus okkupierten Ländern, die ihr Leben einsetzten für die Freiheit ihrer Heimat.

Teil dieser Anti-Hitler-Koalition waren auch deutsche Antifaschisten, die illegal in Deutschland, in den Reihen der Partisanen oder gemeinsam mit den alliierten Streitkräften für die Befreiung ihres eigenen Landes kämpften.

Der 8. Mai 1945 ist damit der Tag der Befreiung für alle vom deutschen Faschismus bedrohten Völkern.

Trotzdem sind wir heute Zeugen einer voreingenommenen und tendenziösen Berichterstattung in den Medien, im Radio und Fernsehen. Die Berichterstattung über die Befreiung der Konzentrationslager, die Rolle der Sowjetunion, der Roten Armee und die vom Sowjetvolk erbrachten Opfer werden systematisch verdreht oder einfach verschwiegen. Die Opfer der Sowjetunion lassen sich aber nicht leugnen: 25 Millionen Menschen, davon mehr als 16 Millionen Soldaten der Roten Armee, überlebten die Grausamkeiten des zweiten Weltkrieges nicht. Nicht weit von hier, im Treptower Park, liegen hunderttausende Soldaten der Roten Armee begraben, die bei den letzten Kämpfen gefallen sind und die die Kapitulation und militärische Zerschlagung des Faschismus herbeigeführt haben. Die Heldenstädte Leningrad und Stalingrad sind ewig mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts verbunden.

Doch die Geschichte wurde tendenziös umgeschrieben und die Erinnerung an den patriotischen bewaffneten Widerstand und die wichtige Rolle der kommunistischen Kämpfer wurde ausgelöscht. Unsere Gedanken und unsere

Bewunderung gilt allen Frauen, Männern, Mädchen und Jungen in den von den Hitlertruppen besetzten Ländern, die dazu beigetragen haben den Nazismus zu besiegen.

Alle zur Diskreditierung der Widerstandskämpfer verbreitete Unwahrheiten lassen Fragen aufkommen. Das muss uns zum Nachdenken veranlassen, wir müssen wachsam bleiben, solidarisch unsere Stimme erheben und den in den Medien verkündeten Lügen Halt zurufen.

Wir glauben, dass eine derartige Umschreibung der Geschichte das Andenken an diejenigen schmälert, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gelassen haben. Zudem zeugt es von mangelndem Respekt gegenüber der öffentlichen Meinung, insbesondere gegenüber der Jugend, die diese Ereignisse nicht miterlebt hat und der so ein verzerrtes Bild von einem der wichtigsten Abschnitte in der neueren Geschichte Europas vermittelt wird. Dieses Verhalten der Informationsmanager steht wieder einmal in völligem Widerspruch zum selbst gesetzten Anspruch, ein geschichts- und wahrheitsbewusstes Europa zu konstruieren.

Mehr als 50 Millionen Tote – das ist die Bilanz der zivilen und militärischen Opfer des Zweiten Weltkrieges. Auch das deutsche Volk hat einen hohen Preis bezahlt. Es erhebt sich die Frage, wie groß der Verlust meiner Generation gewesen ist infolge dieser weltweiten Tragödie. Wie viel menschliches Wissen ist in den Konzentrationslagern vernichtet worden? Zehntausende Städte mit kompletter Infrastruktur sind dem Erdboden gleich gemacht worden. Millionen Verstümmelte und Obdachlose. Die ganze Menschheit auseinandergerissen.

Unser Wille und unsere Überzeugung zur Erhaltung unserer demokratischen Freiheiten hat unser moralisches Empfinden und unsere humanistische Haltung bestärkt. All dies geschah auf den Ruinen des schrecklichen Dramas der Menschheit. Es hat aber auch dazu beigetragen, den Frieden herbeizuführen.

Und trotzdem!

Mit großem Ärger haben wir aus der Presse erfahren, dass gerade in der BRD die „Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten“ unter der Überschrift „extremistische Bestrebungen“ aufgeführt wird. Das ist eine Diffamierung, die mindestens

skandalös genannt werden kann. Es ist ein unehrenhafter Angriff auf die Widerstandskämpfer, die KZ-Gefangenen und die unzählbaren Toten, die im Kampf gegen die Nazitruppen in den besetzten Gebieten gefallen sind. Es ist eine skandalöse Erniedrigung für die noch lebenden Kämpfer der Anti-Hitler-Koalition, die heute zusammen mit der jüngeren Generation noch immer für die Beseitigung des Neofaschismus, des Rassismus, des Antisemitismus und des Fremdenhasses kämpfen.

Aus der ganzen Welt wurden Protestbriefe an das Bundesamt für Verfassungsschutz der BRD geschickt. Wir rufen die heutigen Generationen offiziell auf, zusammen mit uns wachsam zu bleiben und uns zusammen gegen den Nazismus und gegen die extreme Rechte zu wehren. Dieses Ziel werden wir durch unseren dauerhaften Einsatz für Frieden, Freiheit, Toleranz, politische und soziale Menschenrechte und Demokratie erreichen.

Arbeitsreiche Sitzung des Exekutivausschusses

Am 10. September 2005 fand in Berlin eine ordentliche Sitzung des FIR – Exekutivausschusses statt. Nachdem im Mai in Moskau nur eine kurze Arbeitsberatung mit einem Teil der gewählten Mitglieder zustande kam, nahmen diesmal alle Gewählten teil. Erfreulicherweise konnten auch die Mitglieder des Ehrenpräsidiums Kurt Goldstein und Lore Krüger auf dieser Beratung begrüßt werden.

Es lag eine umfangreiche Tagesordnung vor, die trotz sieben Stunden intensiver Beratung nicht vollständig bearbeitet werden konnte. Den ersten Schwerpunkt bildeten Berichte über die großartigen Gedenkveranstaltungen anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung. Die Mitglieder des Exekutivausschusses repräsentierten in zahlreichen Veranstaltungen in ganz Europa die FIR. Sie waren in Belgien, Bjelorusland, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Österreich, Russland, Ukraine, Ungarn und selbst in Venezuela. Dabei fanden zahlreiche Gespräche mit Partnerverbänden, befreundeten Organisationen und offiziellen Repräsentanten statt. Es ging um die Bewahrung des Vermächnisses und die Zusammenarbeit in der Zukunft. Dies unterstrich einmal mehr das große Ansehen, das die FIR nicht allein bei den Mitgliedsverbänden genießt.

Ein weiterer Punkt war die Debatte um die skandalöse Erwähnung der FIR im Verfassungsschutzbericht der Bundesrepublik

Seit mehr als 50 Jahren fühle ich mich persönlich ganz stark mit Deutschland verbunden. Infolge meines Einsatzes gegen den Faschismus und Nazismus seit meiner Jugend! Infolge des Kampfes gegen die Hitlertruppen während der Besetzung meines Landes! Aber bestimmt infolge der Solidarität mit dem deutschen Volk, sowohl vor, während als auch nach dem Krieg! Wir waren dabei, als die Ruinen in Berlin aufgeräumt wurden.

Wir waren auch in Berlin während der Weltjugendfestspiele 1951 und während der Manifestationen für eine Zukunft ohne Krieg, für Frieden und Freundschaft.

Wir stehe heute noch immer in der ersten Reihe, wenn es um den Schutz und die Verteidigung unserer erworbenen Freiheiten geht.

Vorwärts und nicht vergessen!

Deutschland. Mit großer Zufriedenheit nahm der Exekutivausschuss die breite Solidarität der Partnerverbände und der politischen Öffentlichkeit zur Kenntnis. Noch auf der Sitzung selber trafen weitere Protesterkklärungen ein. Mit ganz unterschiedlichen Begründungen wurden die Proteste vorgetragen. Da eine ernsthafte Reaktion des Innenministeriums bislang nicht vorlag, wandten sich die Mitglieder des Exekutivausschusses in einem persönlich unterzeichneten Schreiben noch einmal direkt an den deutschen Innenminister, seine Position zu korrigieren. Es bleibt abzuwarten, ob nach den Neuwahlen zum Deutschen Bundestag eine Antwort zu erwarten ist.

Zur Illustration der politischen Debatte in Deutschland informierte Kurt Goldstein die Mitglieder des Exekutivausschusses über die skandalöse Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichtes, die Losung der Neofaschisten „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ strafrei zu stellen. Er stellte diesen Richterspruch in eine Reihe früherer Entscheidungen, wie die Genehmigung einer Demonstration unter antisemitischen Losungen in Bochum, die Tolerierung von Ehrungen für Rudolf Hess und anderem mehr. Eine solche Praxis fördert den Neofaschismus.

Die Exekutivsitzung beschäftigte sich auch mit dem Stand der Organisation. Der Kassierer legte eine detaillierte Abrechnung der Ausga-

ben für das Jahr 2004, einschließlich der Ausgaben für den XIII. ordentlichen Kongress vor. Es wurde sichtbar, dass noch nicht alle Mitgliedsverbände einen satzungsgemäßen Beitrag bezahlen. Ohne öffentliche Förderung hätte die umfangreiche Arbeit nicht bewältigt werden können. Es wurde beschlossen, einen Brief an alle Mitgliedsorganisationen zu schicken, in dem noch einmal die finanziellen Notwendigkeiten erläutert werden (siehe auch Artikel zur Kassensituation).

Ein wichtiger Punkt konnte auf dieser Sitzung erst vorbereitet werden: die Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedern des Exekutivaus-

schusses. Diesem Thema soll auf der nächsten Sitzung (voraussichtlich im Januar 2006) genügend Zeit gegeben werden.

Unter dem Eindruck der Bilder der Naturkatastrophe in New Orleans beschloss der Exekutivausschuss in einem Schreiben an die amerikanische Botschaft den Menschen in dieser Krisenregion sein Mitgefühl auszudrücken.

Dank gilt all denen, die bei der Organisation, beim Transport, bei der Übersetzung geholfen und damit zum Erfolg dieser Beratung beigetragen haben.

U. Schneider

Brief an die Bevölkerung der USA

Die Mitglieder des Exekutivausschusses der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten (FIR) haben auf ihrer Tagung am 10./11. September 2005 in Berlin auch über die verheerenden Folgen der Naturkatastrophe durch den Hurrikan „Katrina“ gesprochen.

Die Bilder, die uns durch die Medien übermittelt wurden, können sicherlich nur ein Bruchteil der Schrecken und Verwüstungen zum Ausdruck bringen, die die Menschen in dieser Region erleiden mussten.

Die Mitglieder des Exekutivausschusses aus Belgien, Deutschland, Griechenland, Russland und Ungarn möchten auf diesem Wege den bedauernswerten unschuldigen Opfern dieser Katastrophe ihr tief empfundenes Mitgefühl ausdrücken.

Dank für Solidarität mit der FIR

Die FIR dankt allen Mitgliedsverbänden und allen Menschen und Organisationen, die sich mit der FIR verbunden fühlen, für ihre politische Solidarität gegen die diffamierenden Angriffe des Innenministeriums der Bundesrepublik Deutschland. Von Belgien bis Venezuela, von Griechenland bis Dänemark, von Russland bis Portugal reichten die Protestbriefe und Unterstützungserklärungen. In Demonstrationen, auf Kundgebungen, in Briefen und Deklarationen, in persönlichen Gesprächen gegenüber Botschaften und Abgeordneten des Europäischen Parlaments wurde diese Solidarität gezeigt. Es waren Veteranen des antifaschistischen Kampfes und junge Antifaschisten, Friedenskämpfer und gesellschaftliche Initiativen, die sich für unsere Organisation eingesetzt haben.

Wir sehen mit Genugtuung, dass die FIR als Dachverband der internationalen Organisationen der Widerstandskämpfer, der Deportierten und Naziverfolgten eine hohe politische Anerkennung erfährt. Wir sehen in diesem Einsatz für die FIR, dass dieser Dachverband eine politische Bedeutung in der Bewahrung des Vermächtnisses und für die Zusammenführung der antifaschistischen Kräfte der damaligen und heutigen Generationen besitzt.

Die Solidarität ist daher für uns auch eine Verpflichtung im Sinne des politischen Vermächtnisses der Kämpfer gegen den Faschismus und der Opfer des Naziterrors unsere politische Arbeit aktiv fortzusetzen und den Kontakt zu den nachgeborenen Generationen zu verstärken.

Michel Vanderborght
(President)

Dr. Ulrich Schneider
(Generalsekretär)

Einheitsfront in der heutigen Welt

Internationale Konferenz zum 70. Jahrestag der VII. Weltkongress der KI in Sofia

Welche Bedeutung für heute hat die Analyse des Faschismus an der Macht und die Forderung nach einer Einheitsfront, die Georgi Dimitroff vor 70 Jahren auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale formulierte? Dieser Frage widmete sich auf Einladung der Bulgarischen Antifaschistischen Union (BAS) vom 30. September bis zum 2. Oktober 2005 in Sofia eine internationale Konferenz. Eingeladen waren antifaschistische Verbände und linke Organisationen, Parteien und Bewegungen aus mehreren Kontinenten. Vertreter aus Vietnam, Indien, Libanon, aus fünfzehn Ländern Europas und Kuba stellten in ihren Beiträgen ihre Perspektive und Konsequenzen für die politische Praxis heute vor.

Unterstrichen wurde die große Bedeutung Georgi Dimitroffs für die antifaschistische Bewegung. Er ist nicht nur eine historische Persönlichkeit, er ist vielmehr in seinen Analysen und seiner Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung ein politisches Vorbild bis heute. Mehrere Beiträge würdigten in diesem Zusammenhang sein Auftreten im Reichstagsbrandprozess 1933 in Leipzig.

Die aktuellen Handlungsperspektiven in Auseinandersetzung mit der historischen Faschismus-Analyse stellte als Vertreter der FIR Dr. Ulrich Schneider in den Mittelpunkt seines Beitrags. Der Vertreter der KP Russland verwies darauf, dass der gegenwärtige Kampf gegen die Offensive des Imperialismus nur als Bündnispolitik geführt werden könne. Kommunisten müssten die Bewegung unterstützen, hätten aber zu registrieren, dass sie sich nicht an deren Spitze stellen könnten, denn es seien Massenbewegungen, die nicht unmittelbar mit kommunistischen Ideen verbunden seien. Aus der Analyse von Dimitroff ergebe sich die Herausforderung gesellschaftliche Bündnisse zu schaffen.

Prof. Dr. Ana Bazac, Vizepräsidenten der rumänischen antifaschistischen Vereinigung

Auszüge aus dem Redebeitrag von Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR, auf der Internationalen Konferenz in Sofia

Für uns als Dachorganisation der Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer, Deportierter, Internierter und Patrioten des antifaschistischen Kampfes und Antifaschisten heutiger Generationen ist die Erinnerung an den VII. Weltkon-

(AAR) fragte, wie wir die Solidarität zwischen den antifaschistischen und demokratischen gesellschaftlichen Organisationen organisieren. Es gehe heute um eine soziale Zivilgesellschaft und um die Verteidigung der Demokratie. Dies stellte auch Vilmos Hanti, Vizepräsident der FIR und Präsident der MEASZ ins Zentrum seiner Überlegungen.

Interessant war der Gedanke des Vertreters der KP Indiens. Er erinnert an die politischen Gemeinsamkeiten der Bewegungen in Bulgarien und Indien. Mahatma Gandhi und Dimitroff hatten die ähnlichen Ideen von der Befreiung.

Die Redebeiträge dokumentierten auf unterschiedlicher Ebene die Fähigkeiten der Organisationen die tatsächlichen Entwicklungen in der Welt wahrzunehmen, die Situation der gesellschaftlichen Kräfte und ihre Handlungsfähigkeiten einzuschätzen und damit politischen Realismus unter Beweis zu stellen.

Gemeinsam kamen die Teilnehmenden überein, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, das Andenken an Georgi Dimitroff nicht allein in Bulgarien zu bewahren. Auf Initiative der griechischen antifaschistischen Verbände forderten die internationalen Gäste der Konferenz, dass das Geburtshaus Georgi Dimitroffs in Sofia, das sich in einem erbärmlichen Zustand befindet, als Gedenkstätte und Museum erhalten bleibt.

Am Vorabend der Konferenz organisierte die BAS ein Treffen der antifaschistischen Organisationen der Balkan-Staaten. Der Meinungs- und Erfahrungsaustausch setzte die Initiative der griechischen FIR-Verbände fort. In der Abschlusserklärung wurde gefordert, den Balkan zu einer Zone friedlicher Entwicklung zu gestalten. Man verabredete, auch in Zukunft solche Konsultationen durchzuführen.

gress der Kommunistischen Internationale und an die dort entwickelte Einschätzung des Faschismus an der Macht sowie die Herausforderungen für eine antifaschistische Strategie von großer Bedeutung.

Dieser Kongress antwortete auf entscheidende Fragen:

Was ist der politische Charakter der faschistischen Herrschaft an der Macht?

Was sind die Gegenkräfte?

Was sind die vorrangigen politischen Ziele des antifaschistischen Kampfes?

Aus seiner Analyse ergaben und ergeben sich bis heute Handlungsperspektiven für die antifaschistische Arbeit:

1. Es muss darum gehen, der faschistischen Demagogie und Ideologie auf allen Ebenen entgegenzutreten. Das bedeutet, dass es gelingen muss die faschistische soziale Demagogie zu entlarven und eine antifaschistische Strategien des sozialen Engagements zu entwickeln. Dies muss im engen Kontakt mit den Gewerkschaften und anderen Sozialverbänden geschehen. Antifaschistisches Handeln heute sollte verbunden sein mit dem Ringen um soziale Gerechtigkeit auch weltweit, was die Verbindung zu Organisationen und Initiativen der Kritiker der Globalisierung einschließt.

2. Wenn der Faschismus versucht, kleinbürgerliche Kräfte und weniger entwickelte Teile der Arbeiterschaft zu gewinnen, muss es Ziel antifaschistischer Strategie sein, Bündnisbeziehungen auch und gerade in diese gesellschaftlichen Schichten hinein zu entwickeln. Für Georgi Dimitroff bildete die Einheitsfront der Arbeiterbewegung den Kern dieser Bündnisstrategie. Richtig ist, dass eine einheitliche und bewusst handelnde Arbeiterbewegung eine große politische Ausstrahlung auf andere gesellschaftliche Kräfte besitzt. Aus der Erfahrung des antifaschistischen Kampfes der Völker wissen wir, dass das Ziel der politischen Bündnisse die

Entwicklung einer Volksbewegung sein sollte, die gemeinsam der Bedrohung durch die faschistische Barbarei entgegen tritt.

3. Wenn der Faschismus an der Macht zu aller erst einmal die Vernichtung der bürgerlichen Demokratie bedeutet, dann muss es auch darum gehen, im antifaschistischen Kampf dem Erhalt und dem Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten ein großes Gewicht beizumessen. Die Formulierung dieser politischen Zielsetzung: Kampf um Demokratie und Sicherung der Menschenrechte – gegen jede Form rassistischer Ausgrenzung – ist nicht nur eine „Übergangsforderung“, sondern die Grundlage für politisches Handeln insgesamt.

4. Und wenn Faschismus – als Ausdruck der aggressivsten Teile des Finanzkapitals – in seiner Konsequenz Krieg bedeutet – eine Einschätzung die der Kongress vier Jahre vor der Entfesselung des Weltenbrandes durch den deutschen Faschismus formulierte – dann ist antifaschistische Arbeit im besonderen Maße Friedenspolitik.

Es zeugt von der Klarheit der politischen Einschätzung, dass schon vor 1933 die deutschen Antifaschisten warnten: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ Und es waren nicht allein die chauvinistischen Propagandatöne, die diese Einschätzung hervorriefen. Es war das Wissen um die Ziele des deutschen Imperialismus. Heute wissen wir, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und politischer Fortschritt sind nur unter den Bedingungen des Friedens möglich. Daher muss antifaschistische Arbeit Friedensarbeit sein.

Dr. Ulrich Schneider

UNO: 27. Januar zum weltweiten Gedenktag bestimmt

Der 27. Januar ist zum weltweiten Tag des Gedenkens an den Holocaust erklärt worden. Die UN-Vollversammlung verabschiedete eine entsprechende Resolution.

Die UN-Vollversammlung hat den 27. Januar, den Tag der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz, zum weltweiten Holocaust-Gedenktag bestimmt. Die Gemeinschaft der 191 Staaten nahm am 1. November 2005 eine entsprechende Resolution per Akklamation an.

Der Internationale Tag des Gedenkens (International Day of Commemoration) soll an die sechs Millionen Juden erinnern, die unter deutscher NS-Herrschaft getötet wurden. Der israelische UN-Botschafter Dan Gillerman dankte der Vollversammlung für die Verabschiedung der Resolution, die von Israel, den USA, Australien, Kanada und Russland eingebracht und von 104 Staaten als Ko-Sponsoren unterstützt wurde.

Vor 60 Jahren: Der Nürnberger Prozess schuf Völkerrecht – Frieden und Menschenrechte heute verteidigen

Am 20. November 1945 begann mit der Eröffnungssitzung der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Angeklagt waren führende Repräsentanten der faschistischen Herrschaft als Einzelpersonen und als Repräsentanten der faschistischen Reichsregierung, der NSDAP und aller ihrer Untergliederungen, der SA, der SS, des SD und der Gestapo, als Vertreter der Wehrmacht, der Wirtschaft und des Propagandaapparates.

Die alliierten Ankläger zeigten damit, dass für die schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Kriegsverbrechen und Vorbereitung zum Krieg Personen und Institutionen des faschistischen Apparates gleichermaßen Verantwortung trugen.

Dem Prozess lagen Hunderte von Zeugenaussagen und Tausende von Belastungsdokumenten der faschistischen Administration selber zugrunde. In der Urteilsbegründung heißt es dazu:

„Das auf Kriegsverbrechen bezügliche Beweismaterial ist überwältigend gewesen, sowohl was den Umfang betrifft, als auch in seinen Einzelheiten.“ Es folgen mehrere Seiten Erläuterungen, um welche Kriegsverbrechen in den okkupierten Ländern, gegenüber der Zivilbevölkerung und den Kriegsgefangenen es sich gehandelt hatte. In gleicher Form wurden alle anderen Anklagepunkte belegt und verurteilt.

In diesem Prozess ging es nicht um „Siegerjustiz“, wie nazistische Kräfte bis heute behaupten, sondern um die Durchsetzung der Normen des Völkerrechts. Dazu hieß es im Urteil des Prozesses:

„Das Statut ist keine willkürliche Ausübung der Macht seitens der siegreichen Nationen, son-

dern ist nach Ansicht des Gerichts ... der Ausdruck des zur Zeit der Schaffung des Status bestehenden Völkerrechts und insoweit ist das Statut selbst ein Beitrag zum Völkerrecht.“

Die Vereinten Nationen bestätigten bereits Anfang 1946, die im Statut des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg festgesetzten Definitionen der Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind bindend. Immer wieder wurde in der Beschlussfassung der Vereinten Nationen bis heute auf diese Statuten Bezug genommen.

Schon vor vielen Jahren hat die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer erklärt: „Die strikte Einhaltung der in Nürnberg aufgestellten Rechtsnormen ist die unabdingbare Voraussetzung für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten: denn „Verkennung und Missachtung der Menschenrechte (führten) zu Akten der Barbarei, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben“, wie es in der am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen angenommenen Erklärung der Menschenrechte heißt.

Der Kampf um die Wahrung der Menschenrechte ist Anliegen und Pflicht aller Demokraten und Antifaschisten, ob alt oder jung.“ Diese Aussage hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren.

Die FIR unterstreicht auch zum 60. Jahrestag die Notwendigkeit, die Erinnerung an den Nürnberger Prozess und die Urteile – gesprochen im Namen der Völker – gegen alle Verfälschungen und Relativierungen zu bewahren.

Nachrichten

Arbeitstreffen zwischen FIR und FMAC

Auf Initiative der MEASZ fand am 18. August 2005 in Budapest ein Arbeitstreffen zwischen dem Präsidenten der Weltfrontkämpfer Vereinigung Hamid Ibrahim und dem Vizepräsidenten der FIR Vilmos Hanti und dem Generalsekretär der FIR Dr. Ulrich Schneider statt. Anknüpfend an die ersten Gespräche anlässlich des Treffens am 9. Mai 2005 in Moskau fand diesmal im Anschluss an eine Präsidiumssitzung der MEASZ, an der beide internationalen Gäste

teilnahmen, ein Arbeitstreffen statt. Das Verhältnis zwischen FIR und FMAC hat sich in der Vergangenheit widersprüchlich entwickelt. In den 80er Jahren setzte man mit dem „Appell von Rom“ gemeinsam politische Signale gegen das Wettrüsten und für eine Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Beide Verbände arbeiten bis heute als Nichtregierungsorganisation in enger Verbundenheit mit den Vereinten Nationen. Die politischen Um-

brüche der 90er Jahre haben jedoch diese Kontakte abreißen lassen.

Angesichts der bedrohlichen Situation in der Welt, die weiterhin durch Kriege (Naher Osten, Afghanistan) und militärische Aggressionen (Balkan, Irak) geprägt ist, haben die Veteranen und Widerstandskämpfer auch heute eine hohe politische und moralische Verantwortung.

Deshalb wurde vorgeschlagen, dass in absehbarer Zeit die Präsidenten der beiden Organisationen in Paris oder Brüssel zu einem offiziellen Treffen zusammenkommen sollten, um gemeinsam die Stimme für Frieden, Abrüstung und Entspannung zu erheben.

Frankreichs Präsident Jacques Chirac eröffnet KZ-Gedenkstätte im Elsass

Frankreichs Präsident Jacques Chirac hat im Elsass das «Europäische Zentrum des deportierten Widerstandskämpfers im KZ-System der Nazis» eingeweiht.

Die Gedenkstätte neben dem ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler-Struthof «symbolisiert unsere Weigerung zu schweigen und zu vergessen», sagte Chirac am Donnerstag. Die Zeit dürfe die Erinnerung nicht auslöschen, damit sich die Geschichte nicht eines Tages wiederhole.

In Natzweiler-Struthof, dem einzigen KZ auf französischem Boden, waren von 1941 bis 1944 rund 52.000 Menschen eingesperrt, 22.000 von ihnen starben.

Chirac rief vor allem die jungen Menschen in aller Welt dazu auf, wachsam zu sein und Widerstand zu leisten, wenn die Freiheit bedroht werde: «Kämpft gegen alle, die die Vergangenheit negieren und die Hass, Rassismus und Antisemitismus predigen.»

Im Zentrum der Gedenkstätte steht eine 2000 Quadratmeter große Ausstellung, die anhand von Filmen, Zeitzeugenberichten, Zeitungsartikeln und Fotos an den Kampf und das Leid der Gegner des NS-Regimes erinnert. Laut dem französischen Verteidigungsministerium handelt es sich um das erste Museum der Geschichte des Widerstands im Zweiten Weltkrieg in allen Ländern Europas.

Niederlande

Erinnern an den antifaschistischen Februaaraufstand – auch 65 Jahre danach



Spanienkämpfer appellieren an Jugend und bereiten 70. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden vor.

Weniger Bilanz denn Vorschau prägte am vergangenen Wochenende das traditionelle Sommertreffen der »Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 - 1939« (KFSR). Es ging um den bevorstehenden 70. Jahrestag des Franco-Putsches vom Juli 1936 gegen die demokratisch gewählte spanische Volksfrontregierung, zu dessen Niederschlagung Zehntausende Freiwillige aus aller Welt nach Spanien gegangen waren. Mit der Erinnerung an den Einsatz der Internationalen Brigaden, dieser höchsten Form gelebter internationaler Solidarität, will der Verein im kommenden Jahr Zeichen setzen - Zeichen wider Geschichtsrevisionismus, Vergessen und Verdrängen.

Höhepunkt des Gedenkens soll im Herbst 2006 ein von der spanischen Partnerorganisation veranstaltetes internationales Treffen in Madrid sein. Auch wenn sich die Reihen der noch lebenden deutschen Interbrigadisten spürbar und schmerzlich gelichtet haben, werden die KFSRler mit einer repräsentativen Abordnung von Angehörigen, Kindern und Enkelkindern von Interbrigadisten sowie Freunden in Spanien vertreten sein.

Bis dahin soll ein Biographisches Handbuch mit den Namen der rund 3 000 deutschen Spanienkämpfer fertiggestellt sein. Schon so gut wie abgeschlossen sind die Arbeiten an einem weiteren Buch, in dem der Publizist Victor Grossman, selbst Gründungsmitglied der KFSR, insbesondere für junge Leserinnen und Leser die Kämpfe der Interbrigadisten nachzeichnet. Zudem will der Verein mit Diskussionsveranstaltungen und einer Filmwoche das Geschichtskapitel »spanischer Bürgerkrieg« ins öffentliche Bewusstsein rücken. Im Gespräch ist darüber hinaus die Erarbeitung einer Text-Bild-

Dokumentation über die auf dem Territorium der Bundesrepublik vorhandenen Denkmäler, Grab- und Gedenkstätten für Angehörige der Internationalen Brigaden. Ungeteilte Zustimmung fand auch die Idee, die Geschichte dieses Krieges und des Einsatzes der Internationalen Brigaden in einer Ausstellung mit Fotos, Texten, Sachzeugnissen und Dokumenten einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen.

Bereits im Frühjahr werden Mitglieder des Vereins, den abenteuerlichen Spuren von Interbrigadisten vor sieben Jahrzehnten folgend, an einer Überquerung der Pyrenäen teilnehmen, die von den britischen Freunden der Interbrigaden organisiert wird. Damals hatten sich - aufgrund der abstrusen »Nichteinmischungspolitik« vieler Länder - Tausende Freiwillige illegal, auf Schleichwegen über die Berge an der französischen Südgrenze, nach Spanien begeben, um die Volksfront gegen Franco und seine faschistischen Helfershelfer aus Berlin und Rom zu verteidigen.

Gewissermaßen zur langfristigen Einstimmung auf das Wiedersehen mit ehemaligen Brigadistas aus aller Welt diente die im Frühjahr dieses Jahres erstmals gezeigte Filmdokumentation »Spaniens Himmel über Amerika«. Darin schildern Mitglieder der Geschichtswerkstatt Oberhausen ihre Begegnungen mit Veteranen des Abraham-Lincoln-Bataillons in New York und deren noch immer ungebrochenen Kampfeswillen für eine Welt ohne Faschismus, Imperialismus und Krieg. Ihren Appell an die junge Generation, sich einzureihen in diesen Kampf und sich dabei nicht entmutigen zu lassen, brachte der »Lincoln-Vet« Jock Stockwell auf den Punkt: »Vergeßt eure Handys, hebt eure Ärsche, tut etwas!«

Ukraine

Eier auf Faschisten

Ehemalige Helfer deutscher Besatzer marschierten in Kiew

Kiew glich Mitte Oktober einer Stadt im Ausnahmezustand. Tausende Polizisten wurden von den Behörden zusammengezogen, um eine Demonstration von Veteranen der »Ukrainischen Aufständischen Armee« (UPA) zu sichern, die den 63. Gründungstag dieser Kampforganisation nutzen wollten, um ihre offizielle Anerkennung als »Veteranen« des Zweiten Weltkrieges anzumahnen. Den betagten, ehemaligen UPA-Kämpfern standen Mitglieder der faschistischen »Ukrainischen Volkspartei« und

etlicher rechtsradikaler Jugendorganisationen zur Seite.

Kampf gegen Rote Armee

Die UPA kämpfte während des Zweiten Weltkrieges, vorwiegend in der Westukraine, gegen kommunistische Partisanen, die Rote Armee sowie die polnische Zivilbevölkerung. Im Jahr 1943 hatte die UPA über 100000 Mann in ihren Reihen. Verbände der UPA waren an zahlreichen Massakern gegen Polen und Juden betei-

ligt, über weite Zeiträume hinweg kollaborierten sie mit den deutschen Besatzern. Die UPA gilt bis zum heutigen Tag in der Ukraine als faschistische Organisation, deren ehemalige Mitglieder keinerlei Anspruch auf Veteranenrenten oder ähnliche Vergünstigungen haben.

Den alten und neuen Faschisten, die größtenteils aus der westlichen Ukraine nach Kiew angereist waren, stellte sich eine machtvolle antifaschistische Demonstration entgegen, die von Veteranenverbänden der Roten Armee, der Kommunistischen Partei und der Progressiven Sozialistischen Partei organisiert wurde. Den Antifaschisten gelang es, die Polizeiabsperrungen zu durchbrechen, die Marschroute der Faschisten zu blockieren und somit deren Abschlusskundgebung auf dem Majdan – dem Unabhängigkeitsplatz im Zentrum Kiews – zu vereiteln. Ein beständiger »Beschuss« mit Eiern, Tomaten und Kefir verhinderte einen geordneten Ablauf des UPA-Umzugs. ...

Juristische Tricks

Präsident Viktor Juschtschenko bringen diese faschistischen Umtriebe in eine missliche Lage, denn er wurde während der »oranen Revolution« auch von der westukrainischen radikalen Rechten unterstützt, die nun ihren Anteil an dem Sieg einfordert. Eine rechtliche Gleichstellung der Faschisten mit den Kämpfern der Roten Armee kann Juschtschenko aber im Hinblick auf die Anfang 2006 anstehenden Parlamentswahlen nicht durchsetzen, da er sich hierdurch jeglicher Wahlchancen im Osten des Landes berauben würde – dort bezeichnet man Faschisten immer noch als solche. So fand eine Regierungskommission einen Kompromiss, als sie dem Parlament einen Gesetzesentwurf zur Abstimmung vorlegte, der den UPA-Leuten zwar den Veteranenstatus verweigert, aber die damit einhergehenden Privilegien gewährt.

Junge Welt 18.10.2005

Ehrenmal für Estlands SS-Division Nazi-Monument im dritten Anlauf eingeweiht. Scharfer russischer Protest

Am Samstag wurde in der estnischen Hauptstadt Tallinn ein Denkmal für Kollaborateure der Nazi-Wehrmacht und der SS eingeweiht. Die Zeremonie, an der auch Trivimi Velliste, Parlamentsabgeordneter der rechts-nationalen Partei Vaterlandsunion, teilnahm, fand auf dem Gelände des Museums »Kampf für die Befreiung Estlands« in Lagedi statt und wurde im lokalen Fernsehen ausgestrahlt.

Die bronzene Gestalt eines estnischen SS-Angehörigen mit Eisernen Kreuz und MP-40 soll an die »kühnen Kämpfer der 20. SS-Division erinnern«. Enthüllt wurde sie von Benno Leaesik, dem Vorsitzenden einer militanten Reservistenorganisation der heutigen estnischen Armee. Das Ehrenmal ist auf Initiative estnischer Kollaborateursverbände erschaffen und erstmals 2002 aufgestellt worden. Damals scheiterte das Vorhaben an der Stadtverwaltung von Tallinn. Im August 2004 gab es eine erneute Einweihung im Städtchen Lihula, doch nach internationalen Protesten hatte die estnische Regierung das Denkmal demontieren lassen. Im September 2005 beschloss sie, die Figur dem »Museum für den Kampf zur Befrei-

ung Estlands« zu schenken. Das russische Außenministerium reagierte scharf. »Die Wiederaufstellung des Denkmals kann man nur als Verhöhnung der Opfer des Faschismus und als Verleumdung des Nürnberger Tribunals sehen, das die SS als eine verbrecherische, menschenverachtende Organisation bezeichnete.«

Derartige Vorfälle sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion keine Seltenheit im Baltikum. Auch in Lettland und Litauen werden immer wieder geschichtsrevisionistische Denkmäler enthüllt, es kommt zu Prozessen gegen ehemalige Soldaten der Roten Armee und zu offiziellen Aufmärschen von SS-Veteranen. Seltsamerweise reagieren weder EU noch NATO auf diese Verharmlosung des Nazifaschismus, und auch die fortdauernde Verletzung der Rechte der russischsprachigen Minderheit im Baltikum hat in Brüssel und Washington noch nicht zu ernstzunehmender Kritik geführt.

Von Wassliy Geist
junge Welt vom 18.10.2005

Europäisches Parlament

Auszug aus einer Protesterklärung von 16 EU-Parlamentariern aus Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, der Tschechischen Republik und Zypern gegen die Resolution des Europäischen Parlaments zum 60 Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs

**Nein zur Verfälschung der Geschichte – Lang lebe der neunte Mai, der Tag des Sieges
der Völker über den Faschismus!**

Die unterzeichnenden Mitglieder des Europäischen Parlaments sind gegen die Resolution und die Entstellung historischer Fakten am 60ten Jahrestag des Sieges über den Faschismus. Sie verweigern ihre Zustimmung zur Entehrung und Beleidigung des Andenkens von Millionen Menschen, die ihr Leben gaben, damit der Faschismus besiegt werden konnte.

Die abstoßende Resolution, die vom Auswärtigen Ausschuss eingebracht wurde und die historische Wahrheit verzerrt und in den Schmutz zieht, die Kommunisten und die Sowjetunion beleidigt, die der entscheidende Faktor der Niederwerfung des Faschismus waren, versucht, das Denken der jüngeren Generationen zu vergiften, damit sie die Verbrechen, die heute vom Imperialismus begangen werden, hinnehmen und nicht dafür kämpfen, ihn zu überwinden. Diese Resolution versucht, die Tatsache zu verbergen, dass der Faschismus aus dem Kapitalismus hervorging und durch ihn groß gezogen wurde. Sie wurde von den politischen Kräften unterstützt, die den Kapitalismus akzeptieren und ihm dienen. Sie versucht, die Tatsache zu verbergen, dass der Zweite Weltkrieg aus der gewaltigen Zuspitzung der Differenzen unter

den imperialistischen Mächten über die Neuaufteilung der Welt hervorging, und dass der gemeinsame Feind, dessen sie sich entledigen wollten, die Sowjetunion war, der erste sozialistische Staat.

Die EU hat bereits in einer Vorreiterrolle bei der Auslöschung des Geschichtsbewusstseins den 9. Mai zum „Europa-Tag“ erklärt und damit den „Tag des Sieges der Völker“ ausgetilgt. Die Erklärung der Kommission zu der unannehmbaren, unsäglichen Resolution bezeichnet die Befreiung der osteuropäischen Länder als Besatzung. Damit leistet sie der Wiederbelebung von Symbolen des Hitler-Faschismus in den Ländern Ost- und Mitteleuropas Vorschub, stimmt der Politik der baltischen Regierungen zu, die Antifaschisten verfolgen und Kollaborateure der SS hochleben lassen, spendet einer Politik Beifall, der zufolge in Deutschland und Österreich die Deserteure der deutschen Armee als „nationale Schande“ betrachtet werden, während Faschisten als „Nationalhelden“ materiell und moralisch rehabilitiert werden.

... ..

Strasbourg, den 12. Mai 2005

Nachrichten aus Ungarn

Die ungarische Mitgliedsorganisation der FIR MEASZ gründet vor zwei Jahren einen „Nationalen Rat“. Der Rat tagt zweimal im Jahr und arbeitet als Beirat. Er hat 60 Mitglieder, anerkannte Persönlichkeiten, Politiker, antifaschistische Widerstandskämpfer etc. Ivan Vitányi, sozialistischer Abgeordneter im Parlament, und

Miklos Jancso, ehemaliger (?) Filmdirektor sind die Vorsitzenden des Beirats. Die nächste Sitzung des Beirats findet am 29. Oktober statt. Diskutiert wird über das Thema: „Die Schatten der feudalen Vergangenheit im heutigen gesellschaftlichen Leben.“

Der nächste Kongress der MEASZ wird am 29. November 2005 stattfinden. Dringende Probleme bezogen auf die täglichen Aktivitäten der Organisation stehen auf der Tagesordnung. Die Vorbereitungen für den 61. Jahrestag der Be-

freiung von Budapest (13. Februar 2006) stehen ebenfalls auf dem Programm. Erwartet wird die Teilnahme von Michel Vanderborght, Präsident der FIR.

Schon traditionell ist der gemütliche Jahresabschluss von MEASZ und den anderen antifaschistischen Verbänden am 15. Dezember. Diesmal wird damit das Jahr noch nicht abge-

schlossen. MEASZ wird in einer Veranstaltung an die Gründung der nationalen Übergangsregierung von Ungarn am 21. Dezember 1944 erinnern.

Finanzen der FIR

Wir möchten an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt alle Mitgliedsverbände, die ihren Zahlungsverpflichtungen noch nicht nachgekommen sind, daran erinnern, ihren Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2005 an die FIR zu überweisen. Die

Kontonummer ist am Ende dieser Seite abgedruckt. Bei Überweisungen aus dem europäischen Ausland möchten wir bitten, die IBAN - Nummer zu benutzen, weil damit die Bankgebühren deutlich niedriger sind.

Da wir für das Jahr 2006 große Projekte vorhaben, sind alle finanziellen Mittel dringend erforderlich. Ohne die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen kann die FIR ihre politische Arbeit, die gewachsenen Kontakte zu den Mitgliedsverbänden, die Teilnahme an internationalen Konferenzen und die Initiierung eigener politischer Schwerpunkte und Aktivitäten, wie auch die Her-

ausgabe von Publikationen und anderen Massenmaterialien nicht verwirklichen.

Wir hoffen, dass die Mitgliedsverbände nicht nur ihren „Pflichtbeitrag“ überweisen, sondern nach den Möglichkeiten der Organisation darüber hinaus Mittel für die Arbeit der FIR bereit stellen, mit denen wir unsere Arbeit voranbringen können.

wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig

Einladung zur FIR – Jahreskonferenz 2006

Mitte Mai 2006 soll die im Statut vorgesehene Jahreskonferenz der FIR in Belgien stattfinden. Sie steht unter dem Motto

60 + 1 Jahr: Antifaschismus in Europa heute

Eingeladen sind die Mitgliedsverbände und alle mit der FIR verbundenen Organisationen. Auf dieser Konferenz wollen wir mit den Repräsentanten der Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer und Verfolgten, mit Historikern, Wissenschaftlern und politischen Aktivisten eine Bilanz der breiten Erinnerungsarbeit anlässlich der 60. Jahrestage der Befreiung von Faschismus und Krieg im Jahr 2005 ziehen und politische Perspektiven antifaschistischer Arbeit gemeinsam mit den jungen Generationen diskutieren.

Die Konferenz wird nach den bisherigen Planungen vom 11. Mai bis 13. Mai 2006 in Belgien, beginnend in Brüssel durchgeführt werden.

Wir möchten alle Mitgliedsverbände schon jetzt auffordern, sich auf diesen Termin vorzubereiten und die möglichen Teilnehmenden zu benennen.

Wir bemühen uns gegenwärtig um Fördermittel der Europäischen Kommission. Dennoch werden die Mitgliedsverbände Gelder zu den Reise- und Unterbringungskosten beisteuern müssen.

Details der Planung werden Anfang 2006 an alle Mitgliedsverbände übermittelt werden.

wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig – wichtig

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Ulrich Schneider (Generalsekretär),

Sekretariat: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten (FIR), Franz-Mehring-Platz 1, D- 10243 Berlin, Fon (30) 29 78 41 74, Fax (30) 29 78 41 79, e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet www.fir.at

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Kontoverbindung (neu!): Postbank Berlin (BLZ 10010010), Kontonummer: **543 054 107**, Kontoinhaber FIR, IBAN **DE 04 1001 0010 0543 0541 07** SWIFT-BIC: **PBNKDEFF**

Das Bulletin wird kostenfrei an Mitgliedsverbände und Interessierte abgegeben.